

WELTGEMEINWOHL

Globale Entwicklung in sozialer und ökologischer Verantwortung

Ein interkulturelles Dialogprojekt 2012 - 2015

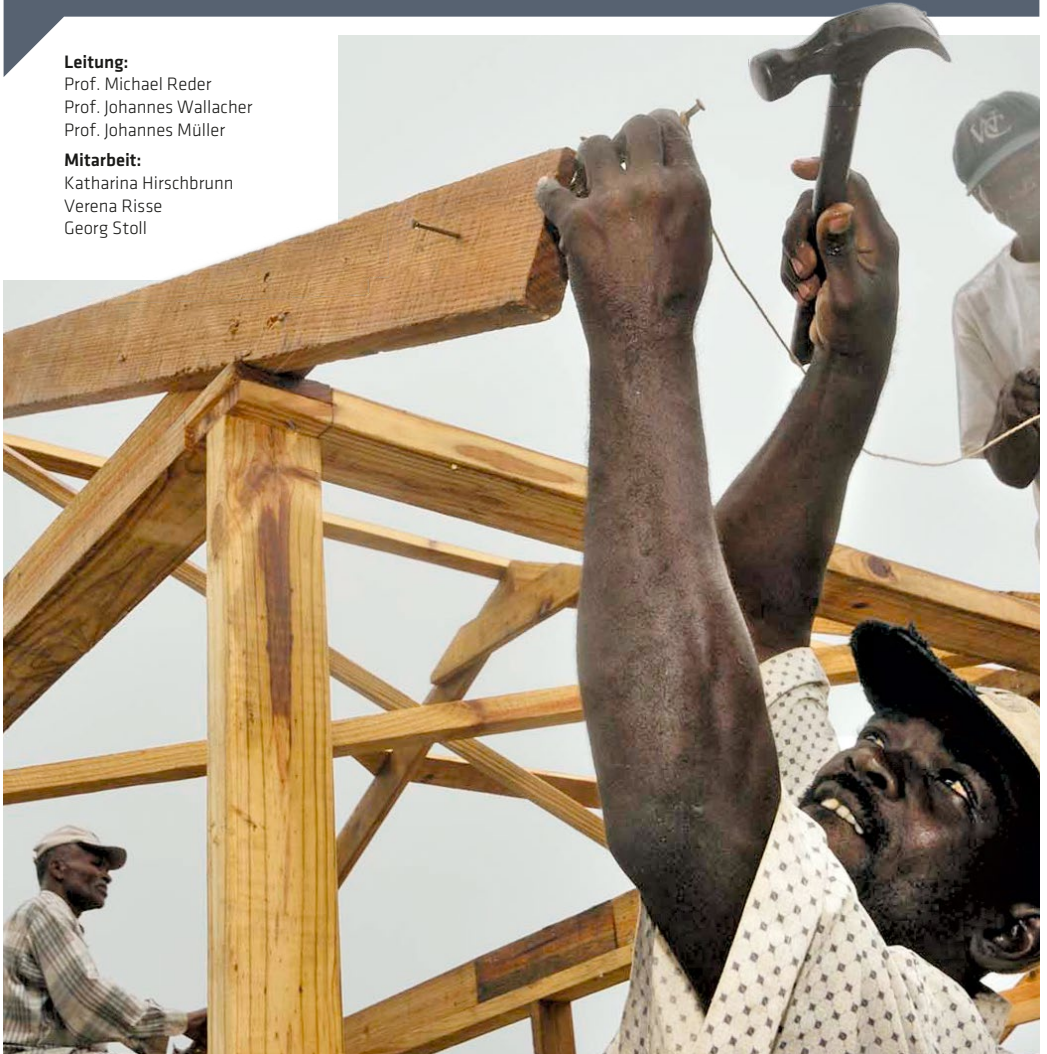
Systematische Zusammenfassung eines gemeinsamen Projekts des kirchlichen Entwicklungshilfswerks MISEREOR (Aachen) und des Instituts für Gesellschaftspolitik IGP (München)

Leitung:

Prof. Michael Reder
Prof. Johannes Wallacher
Prof. Johannes Müller

Mitarbeit:

Katharina Hirschbrunn
Verena Risse
Georg Stoll



Inhaltsübersicht

„Entwicklung im Dienst des Weltgemeinwohls“ – ein interkulturelles Dialogprojekt	3
1. „Entwicklung“: Ein problematischer Begriff, der aufgegeben werden sollte?	4
2. „Weltgemeinwohl“: Aspekte eines neuen Ansatzes	8
3. Wirtschaft: Ökologisch nachhaltig und in die Gesellschaft eingebettet	11
4. Stärkung des Weltgemeinwohls durch Demokratie	20
5. Gemeinschaften (Communities): Wo Gemeinwohl gelebt wird	24
6. Zusammenfassung	27
Anhang: Prozess und Personen	30

Impressum

Herausgeber:

Bischöfliches Hilfswerk MISEREOR e.V., Mozartstr. 9, 52064 Aachen, Deutschland
www.misereor.de, www.misereor.org

Redaktion: Georg Stoll

Übersetzung aus dem Englischen: Verena Risse

Umschlagbild: Florian Kopp / MISEREOR;

Wiederaufbau nach dem Erdbeben in Haiti in Gemeinschaftsarbeit

Grafik-Design: VISUELL Büro für visuelle Kommunikation, Aachen

„Entwicklung im Dienst des Weltgemeinwohls“ – ein interkulturelles Dialogprojekt

▲ Die Menschheit steht einer Reihe schwerwiegender politischer, ökonomischer und ökologischer Herausforderungen gegenüber, die ohne abgestimmtes Handeln und tiefgreifenden Wandel kaum zu bestehen sein werden. Der Klimawandel, die gesunde und ausreichende Ernährung einer wachsenden Weltbevölkerung, der sich beschleunigende Konsum in den Industrieländern und aufstrebenden Mittelschichten der Schwellenländer mit seinen Auswirkungen auf die Umwelt, die wachsende und unkontrollierte Macht transnationaler Unternehmen und Finanzmarktakteure, die Verletzlichkeit und Undurchschaubarkeit einer immer stärker und immer schneller digital vernetzten Welt – all das sind nur einige Beispiele von Herausforderungen, von denen fast jede und jeder betroffen ist, die aber insbesondere die ärmeren und schwächeren Menschen heute und morgen in ihren Entfaltungs- und Lebensmöglichkeiten einschränken.

Aus diesem Grund hat MISEREOR gemeinsam mit dem Institut für Gesellschaftspolitik IGP (München) und lokalen Kooperationspartnern in Afrika, Asien und Lateinamerika von 2012 bis 2015 akademische und zivilgesellschaftliche Dialoge organisiert. Dabei ging es um die Frage, wie Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ihre Entscheidungen, Handlungen und Institutionen an einem Gemeinwohl orientieren können, das diesen globalen Herausforderungen Rechnung trägt und nicht einfach der Macht der Stärkeren

folgt. Im Verlauf dieser interkulturellen Dialoge wurden sechs Länderstudien erstellt und im Oktober 2013 in einem Workshop in München diskutiert. Außerdem beteiligten sich etwa hundert Vertreterinnen und Vertreter aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, die in verschiedenen Bereichen der Armutsbekämpfung, der Förderung der Menschenrechte und des Schutzes der Umwelt aktiv sind, an insgesamt sechs regionalen Dialogforen (weitere Informationen am Ende dieses Heftes). Die Ergebnisse wurden in dem Band „Global Common Good. Intercultural Perspectives on a Just and Ecological Transformation“ zusammengefasst, der im April 2015 im Campus-Verlag erschienen ist (ISBN 978-3-592-50318-9).

Das vorliegende Heft gibt einen Überblick über die zentralen Diskussionslinien dieses dreijährigen interkulturellen Gesprächs. Das Gespräch kreist um die beiden Begriffe „Entwicklung“ und „Weltgemeinwohl“. Ausgangspunkt ist dabei ein Unbehagen, aber auch eine gewisse Hilflosigkeit angesichts Jahrzehnte langer Erfahrungen mit „Entwicklung“. Denn zumindest die offizielle Entwicklung, wie sie bisher meist praktiziert und erlebt wurde, ist eng mit einem bestimmten ökonomischen Modell verknüpft, das mit ursächlich für viele der oben genannten globalen Probleme ist. Dieses Modell eines expansiven Marktfundamentalismus wird entgegen seinem Anspruch mehr als Teil der Probleme denn als Teil ihrer

Lösung wahrgenommen – insbesondere in den Ländern des globalen Südens.

Der Begriff eines Weltgemeinwohls bietet sich daher als alternatives Leitkonzept an. Dabei geht es nicht einfach um den Austausch von Begriffen. Es geht um die Frage, was falsch läuft mit einer „Entwicklung“, bei der Grundbedürfnisse, freiheitliche Demokratie, soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit in globalem Maßstab offensichtlich nicht mehr zusammenpassen. Die oben erwähnten Symptome wie beispielsweise der globale Klimawandel schlagen sich in einem grundsätzlichen Unbehagen mit unserer gewohnten Form von Wirtschaft und Entwicklung nieder. Doch angesichts der historischen Errungenschaften des überkommenen Systems und angesichts des Fehlens unmittelbar einleuchtender umfassender Alternativen wird dieses Unbehagen auch

von Hilflosigkeit begleitet. Die Frage, wie das gemeinsame Wohl aller Menschen (und allen Lebens) auf der Erde gefördert und gesichert werden kann – die Frage nach einem „Weltgemeinwohl“ –, ist deshalb von großer Bedeutung und Dringlichkeit.

Im ersten Abschnitt des folgenden Textes wird dargestellt, warum das Konzept der Entwicklung problematisch ist und daher mindestens hinterfragt, wenn nicht ganz aufgegeben werden sollte. Anschließend wird das Konzept des Weltgemeinwohls als Alternative vorgestellt (2. Abschnitt). Schließlich werden (in den Abschnitten drei bis fünf) drei wesentliche Dimensionen dieses alternativen Konzepts genauer beleuchtet, nämlich die der Wirtschaft, der Demokratie und der Gemeinschaften (communities). Der sechste Abschnitt fasst die wesentlichen Punkte noch einmal zusammen.

1. Entwicklung – ein problematischer Begriff, der aufgegeben werden sollte?

▲ Der Begriff der Entwicklung blickt auf eine lange Tradition in Theorie und Praxis zurück. Nicht alle Programme, die im Namen von Entwicklung durchgeführt wurden, haben dabei zu dem gewünschten Ergebnis geführt. Doch was noch wichtiger ist: Entwicklungsziele sind oft selbst fragwürdig, insofern sie ideologische Annahmen wie Liberalisierung, Privatisierung, Förderung von Auslandsinvestitionen etc. spiegeln, die den angeblichen Nutznießern aufgezwungen werden ohne Rücksicht darauf, ob sie

wirklich gewünscht sind oder nicht vielleicht sogar Schaden anrichten. Es scheint deshalb notwendig, das Konzept der Entwicklung näher auf seine positiven und negativen Aspekte abzuklopfen – einschließlich der Möglichkeit, es vielleicht vollständig aufzugeben.

Das traditionelle Konzept der Entwicklung erscheint in mehrerer Hinsicht problematisch. Erstens trägt es offenbar hegemoniale Züge: Entwicklung und Entwicklungspolitik wurden und werden im Wesentlichen von westlichen Staaten und den von ihnen do-

minierten internationalen Institutionen wie der Weltbank konzipiert und durchgeführt. Sie sind daher auch eher von westlichen Vorstellungen und Werten wie Individualismus, Wettbewerb, Wachstum und Materialismus geprägt. Diese Tendenz wird noch weiter verstärkt, wenn frühere Kolonialmächte Entwicklungsprogramme durchführen und so Gefahr laufen, eine alte Praxis unter neuen Vorzeichen fortzuführen. In Latein-

“

Wirtschaftliche Entwicklung, wie wir sie erleben, zerstört zwischenmenschliche Beziehungen. Dabei sollte es die wichtigste Aufgabe von Entwicklung sein, Beziehungen zu fördern.

”

Mervyn Abrahams
Dialogforum Südafrika, August 2014

amerika werden beispielsweise vormals lokale, nationale oder regionale Banken von spanischen Geldinstituten aufgekauft, was häufig als Fall von Neokolonialismus wahrgenommen wird. Einen anderen Weg, über den westlich geprägte Werte transportiert werden, bilden die sogenannten Konditionalitäten, Bedingungen, an die Entwicklungshilfe meist gebunden ist. Das können die oben erwähnten Forderungen nach Privatisierung und Liberalisierung sein.



Denise Ackermann und Mervyn Abrahams im Gespräch während des Dialogforums in Südafrika

Doch auch Korruptionsbekämpfung oder die Beachtung von Menschenrechten können solche Bedingungen darstellen. Konditionalitäten müssen nicht immer negativ bewertet werden. Sie stellen jedoch in jedem Fall eine erhebliche Einflussnahme dar und können damit Ausdruck einer kulturellen Hegemonie sein.

Eine weitere problematische Seite des vorherrschenden Entwicklungsverständnisses ist seine starke ökonomische Ausrichtung. Während im Globalen Norden der radikale ökonomische Liberalismus der vergangenen Jahrzehnte lange Zeit als Impuls wahrgenommen wurde, um die eigenen Ökonomien zu stärken, wurde im Globalen Süden dieselbe, hier als „Neoliberalismus“ bekannte Lehre als „Entwicklungsmodell“ propagiert, wenn nicht gar auferlegt – und entsprechend als Fremdbestimmung erlebt.

Engführung auf die Ökonomie

Dieser einseitige ökonomische Fokus beeinflusst aber nicht nur die Art und Weise,



Abgeholzter Regenwald am Fluss Jurua im brasilianischen Amazonasgebiet

wie Wirtschaft organisiert wird, sondern bestimmt auch die Beziehungen zwischen Mensch und Natur. Hierzu gehört insbesondere die Gefahr, die Natur und ihre Ressourcen auf Güter zu reduzieren, die nach Belieben entnommen und kommerzialisiert werden können – und dies oft, ohne die Konsequenzen, die ein solches Handeln für die Stabilität des Ökosystems oder die Bedürf-

nisse zukünftiger Generationen haben kann, ausreichend zu berücksichtigen. Eine solche Kommerzialisierung ist noch problematischer, wenn sie zur Bereicherung weniger Personen führt (z.B. derjenigen, die über die Lizenzen verfügen, Bodenschätze in einer bestimmten Region zu fördern), obwohl die Natur eigentlich allen Menschen gleichermaßen zukommt.

Innerhalb dieses neoliberalen Rahmens erscheint es logisch, dass Entwicklung am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gemessen wird, wobei Wachstum als der entscheidende Indikator für eine florierende Wirtschaft angesehen wird. Eine solche Bezugnahme ist aber in mehrerer Hinsicht fragwürdig, unter anderem weil Wachstum in diesem Verständnis unmittelbar mit der Vermehrung von Kapital einhergeht. Die globalisierte hegemoniale Politik dieser Art wirtschaftlicher Entwicklung hat so maßgeblich zur Konzentration von Reichtum in den Händen Weniger, zu sozialer Ausgrenzung, Ungleichheit und Umweltzerstörung beigetragen.

Doch nicht nur beim Entwicklungsverständnis, sondern auch auf der Ebene der Umsetzung entwicklungspolitischer Maßnahmen lassen sich Probleme erkennen. Hierfür sind nicht nur die Geberländer des Globalen Nordens, sondern insbesondere auch die Empfängerländer des Globalen Südens verantwortlich – soweit diese Unterscheidung noch greift. Während Geberländer verhindern müssen, ihre ökonomische oder rechtlich-institutionelle Sichtweise zu diktieren, sind Empfängerstaaten angehalten, die erhaltenen Gelder nicht zu veruntreuen und interne Probleme wie Korruption anzugehen.

Bei diesen Betrachtungen wird auch deutlich, dass in der Entwicklungszusammenarbeit meist sehr ungleiche Machtverhältnisse zum Ausdruck kommen. Diese Machtverhältnisse verlaufen aber nicht nur zwischen dem Globalen Norden auf der einen und dem Globalen Süden auf der anderen Seite. Das

Verhältnis kann auch umgekehrt bestehen. Ebenso können starke Ungleichheiten auch innerhalb einzelner Länder und Regionen auftreten.

Ein unhaltbarer Begriff?

Aufgrund der genannten ideologischen und praktischen Probleme ist das Konzept der Entwicklung für viele nicht mehr haltbar. Andererseits bleibt festzuhalten, dass die Welt (und hier sind die Industriestaaten des Globalen Nordens eingeschlossen) einer Reihe schwerwiegender sozialer und ökologischer Probleme gegenübersteht, für deren Lösung wenn auch keine „Entwicklung“, so doch transformative Veränderungen nötig erscheinen. Hinzu kommt, dass viele der genannten Probleme globale Ausmaße haben und somit ein gemeinsames konzentriertes Handeln auf der nationalen wie auch der internationalen Ebene erfordern. Dazu zählt beispielsweise die Lösung von Fragen des Umgangs mit ökologischen, politischen und sozialen Herausforderungen, der Gestaltung der Marktwirtschaft sowie der staatlichen und gesellschaftlichen Organisation und Verwaltung. Auch wer den Begriff der Entwicklung vermeiden möchte, wird auf die Dynamik von Veränderung (im Sinne von Verbesserung) in aller Regel nicht verzichten wollen.

Abschließend lässt sich daher feststellen, dass es hilfreich sein könnte, den Begriff der Entwicklung aufzugeben, um so auch den damit verbundenen ideologischen Ballast und die schlechten Erfahrungen abzuwerfen und stattdessen den Weg

für alternative Begriffe freizumachen, die nicht ähnlich vorbelastet sind, aber dennoch die Notwendigkeit des Übergangs in einen besseren Zustand andeuten. Kandidaten hierfür sind beispielsweise „sozialer und ökologischer Wandel“, „Transition“, „Transformation“, „holistische Transformation“ oder „Paradigmenwechsel“. Ein weiteres Konzept, das in diesem Zusammenhang hilfreich sein kann, soll im nächsten Kapitel näher beleuchtet werden: das Konzept eines globalen Gemeinwohls.

”

Das vorherrschende Entwicklungsverständnis definiert Armut in Kategorien von Geld. Indigene Gemeinschaften, die ihren Lebensunterhalt haben, sehen sich selbst vielleicht aber gar nicht als arm, selbst wenn sie aufgrund bestimmter Einkommensschwelen offiziell als arm gelten. Was solche Menschen oft wirklich arm macht, sind dieses Entwicklungsverständnis und die daraus abgeleiteten Projekte.

”

François Pihaatae
Dialogforum Philippinen, Oktober 2014

2. „Weltgemeinwohl“: Aspekte eines neuen Ansatzes

▲ Der Begriff des Gemeinwohls ist facettenreich und beinhaltet verschiedene Aspekte. Generell bezeichnet Gemeinwohl eine ethische Zielvorstellung, mit deren Hilfe ein gemeinschaftliches Gut verfolgt wird, das über die reine Ansammlung von Einzelinteressen hinausgeht. Das Gemeinwohl ist somit allgemein, da es für alle verfügbar ist und von allen geteilt wird. Der Begriff erscheint so als ein hilfreicher Ausgangspunkt für zukünftige Überlegungen zu gemeinschaftlichen und nachhaltigen Formen des Zusammenlebens, welche die egoistischen oder ideologischen Konnotationen vermeiden, die beispielsweise mit dem Entwicklungsbegriff verbunden sind. Angesichts des hohen Grads der weltweiten Vernetzung scheint es außerdem angemessen, Gemeinwohl in globaler Perspektive zu fassen und somit als „Weltgemeinwohl“ zu verstehen. Darüber hinaus ließe sich grundsätzlich daran denken, das Konzept auch auf nichtmenschliche Wesen auszudehnen.

Generell kann man zwischen einem inhaltlichen und einem formalen Verständnis unterscheiden. Während das Bemühen bei einem inhaltlichen Verständnis von Weltgemeinwohl auf eine möglichst allgemeingültige Definition hinausläuft, d.h. eine Benennung all der Inhalte, die das Konzept ausmachen, begnügt sich ein formales Verständnis damit, die Rahmenbedingungen

zu klären, die nötig sind, damit eine Gruppe oder Gesellschaft ihr Verständnis von globalem Gemeinwohl festlegt und in den Dialog mit anderen einbringt. Will man im Unterschied zu dem oben kritisierten einseitig ökonomischen Entwicklungsverständnis der Vielfalt kultureller und historischer Kontexte Rechnung tragen, wird der Schwerpunkt auf einem formalen Verständnis von Weltgemeinwohl liegen müssen – auch wenn dabei immer wieder inhaltliche Festlegungen getroffen werden. Diese erheben jedoch nicht mehr den Anspruch einer von Zeit und Raum unabhängigen allgemeingültigen Wahrheit.

Der Mensch im Mittelpunkt?

Geht man von diesem formalen Verständnis aus, so liegt es nahe, zunächst einmal auf bereits bestehende Vorstellungen und Praktiken, die am Gemeinwohl orientiert sind, zu schauen. Gemeinwohl ist ein zentraler Aspekt von Konzepten wie „erfülltes Leben“, „promotion humaine“ oder Humanität und hat viel gemeinsam mit Konzepten wie „Wohlstand“ oder „Lebensqualität“ oder dem in den Indio-kulturen des Andenraums beheimateten „buen vivir“. All diese Konzepte (mit Ausnahme vielleicht des „buen vivir“) haben eine humanistische Ausrichtung, in deren Zentrum der Mensch und die Menschenwürde stehen. Der Mensch wird dabei jedoch nicht lediglich als rationaler Marktteilnehmer verstanden, der nur seine Einzelinteressen verfolgt. Stattdessen wird er als ein soziales Wesen begriffen, das in enger Beziehung mit anderen Lebewesen steht, was auch die nichtmenschlichen

”

Ein weltweit für alle funktionierendes Rezept ist nicht nötig. Der Wandel kann auch von den bestehenden lokalen Ordnungen und Strukturen ausgehen.

”

Humberto Ortiz
Dialogforum Peru, März 2014

Spezies einschließt. Zu begreifen, dass wir von der Natur abhängig und in ihr verwurzelt sind, kann helfen, einen weniger anthropozentrischen Standpunkt einzunehmen. Ob freilich eine völlige Abkehr von jeder Anthropozentrik mit Blick auf das Konzept des Weltgemeinwohls möglich erscheint – ob also der Mensch in keiner Weise eine herausgehobene Stellung im Verhältnis zum Rest des Kosmos beanspruchen kann –, ist umstritten. Unzweifelhaft ist jedoch, dass der ausschließliche Fokus auf menschliche Bedürfnisse mit dem Anspruch eines globalen Gemeinwohls nicht zu vereinbaren ist.

Diese sozialen und ökologischen Dimensionen deuten bereits einige weitere Aspekte eines Weltgemeinwohls an: Inklusion, Partizipation und Solidarität. Inklusion bezieht sich auf die Idee, dass jede Person über unveräußerliche Rechte verfügt und vollwertiges, gleichberechtigtes Mitglied der globalen Gemeinschaft ist. Die damit

verknüpfte Idee der Partizipation umfasst die Teilnahme an sozialen Aktivitäten und die Möglichkeit, diese in politischer, ökonomischer und kultureller Hinsicht mitzugestalten. Solidarität schließlich verweist auf die Verantwortung für andere, selbst wenn dies beinhaltet, die eigenen Interessen hintanzustellen oder aufzugeben. Wenn man davon ausgeht, dass das Weltgemeinwohl von globaler Reichweite ist, müssen auch diese drei Aspekte in globaler Dimension gedacht werden. Darüber hinaus ist es wichtig zu betonen, dass das Weltgemeinwohl die Grenzen zwischen den Sphären der Ökologie, Ökonomie, Politik und Gesellschaft überschreitet. Es hat stattdessen eine ganzheitliche Perspektive auf das menschliche Leben und Wohlergehen, in der diese Sphären notwendig miteinander verknüpft sind. Natürliche Ressourcen machen einen wesentlichen Teil des Gemeinwohls aus. Es gibt

kein Leben ohne natürliche Ressourcen, und es findet ein permanenter Austausch mit der Natur statt. Dabei sind Ressourcen weltweit weder homogen verteilt noch unbegrenzt vorhanden. Die Abhängigkeit von natürlichen Ressourcen ist von solcher Wichtigkeit, dass sie den Rahmen für alles menschliche Handeln und so auch für die weitergehenden Überlegungen zu einem Weltgemeinwohl bildet.

Institutionelle Rahmenbedingungen

Wer sich nicht nur für den Begriff eines Weltgemeinwohls auf einer theoretischen Ebene interessiert, sondern auch für die Möglichkeiten seiner Umsetzung, stößt schnell auf die Frage nach den institutionellen Rahmenbedingungen. Hierzu zählen Rechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und ein fairer Verteilungsprozess. Menschenrechte sowohl der ersten wie auch der zweiten Ge-

neration, d.h. sowohl die bürgerlichen und politischen Rechte des Zivilpakts wie auch die ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechte, sind für die Umsetzung eines Weltgemeinwohls von höchster Bedeutung und spielen insbesondere auch im internationalen Kontext eine zentrale Rolle.

Gemeinwohl verweist aber nicht nur auf Recht bzw. Menschenrechte, sondern auch auf Demokratie als politische Antwort auf soziale, ökonomische und politische Herausforderungen. Aus der Perspektive des Gemeinwohls ist es deshalb besonders wichtig, dass demokratische Verfahren, mit denen politische Macht legitimiert und kontrolliert wird, Kriterien der Allgemeinheit, Gleichheit und Transparenz genügen. Das gilt unabhängig von der speziellen Ausprägung des jeweiligen demokratischen Systems. Gemeinwohl zu verwirklichen, beinhaltet auch Elemente von (Um-)verteilung, die auf faire und respektvolle Art erfolgen sollte. Das ist nicht nur eine Aufgabe der Politik sondern auch der Wirtschaft – allerdings einer Wirtschaft,

”

Das Gemeinwohl gibt mir die Orientierung, dass ich Teil eines Ganzen bin. Das hat etwas mit Spiritualität zu tun: eine Neuausrichtung meines Horizonts, so dass ich nicht mehr nur denkendes Subjekt bin sondern jemand, der von der Natur und von anderen getroffen wird. Nicht ich begegne ihnen, sie begegnen mir. Sozialökologische Gerechtigkeit ist eine Strategie; Weltgemeinwohl ist viel mehr.

”

Jorge Peixoto
Dialogforum Uruguay, November 2014

die eine dienende Rolle einnimmt. Was dies beinhaltet, wird im folgenden Abschnitt erläutert.



Müllsammlerin auf einer Müllkippe am Stadtrand von Nairobi, Kenia

3. Wirtschaft: Ökologisch nachhaltig und in die Gesellschaft eingebettet

▲ Wer vom Gemeinwohl aus denkt, weist der Wirtschaft eine dienende Rolle gegenüber der Gesellschaft zu. Damit ist gemeint, dass die Wirtschaft und jegliche ökonomische Aktivität keinen Selbstzweck darstellen. Stattdessen müssen sie als ein Mittel begriffen werden, das zugunsten des Wohls aller einge-

setzt wird. De facto jedoch besteht immer die Gefahr, dass gesellschaftliche Ziele von ökonomischen Zielen untergraben werden. Um diese Tendenz umzukehren und eine Transformation in Richtung des Gemeinwohls zu erreichen, ist es unerlässlich, die betroffenen Menschen in den Fokus zu rücken.

”

Unser Wirtschaftsmodell setzt vor allem auf Kosten-Nutzen-Kalküle. Wenn der Nutzen eines Projektes für höher eingeschätzt wird als die Kosten, wird es wahrscheinlich umgesetzt – auch wenn die Kosten sehr hoch sind. Dieses Modell ist sehr beschränkt, denn es zieht nur ökonomische Nutzen und Kosten in Betracht.

”

Fernando Aldaba
Dialogforum Philippinen, Oktober 2014

Nicht Wirtschaftsinteressen, sondern das Wohlergehen des Menschen muss im Vordergrund stehen. Wenn jedoch die Richtung gesellschaftspolitischer Veränderung – wie es heute leider oft vorkommt – nicht von Bürgern oder zivilgesellschaftlichen Institutionen, sondern von Unternehmen und unternehmensorientierter Politik vorgegeben wird, profitieren von einer solchen wirtschafts-getriebenen Art der Entwicklung auch in erster Linie wenige Marktakteure zulasten der Schwächeren – statt dass alle in die Lage versetzt würden, ein erfülltes Leben zu führen.

Zentrale Schwachstellen des gegenwärtigen ökonomischen Systems sind seine Defizite in Bezug auf soziale Gerechtigkeit

und ökologische Nachhaltigkeit. In vielen Ländern des Globalen Südens trifft man auf ein Phänomen, das als „Entwicklungsparadox“ bezeichnet wird. Der Begriff beschreibt die Tatsache, dass, obwohl ein Land reich an Ressourcen ist, die Mehrheit der Bevölkerung arm bleibt. Häufig umfasst dies nicht nur materielle Armut sondern auch Menschenrechtsverletzungen oder die Vertreibung von Indigenen und Kleinbauern aus ihren angestammten Gebieten. Nutznießer dieser „Entwicklung“ sind neben kleinen einheimischen und häufig korrupten Zirkeln, die Machtpositionen besetzen, vor allem ausländische Unternehmen sowie deren Investoren und Konsumenten in anderen Teilen der Welt. Außerdem leiden unter der intensiven Ressourcenausbeutung nicht nur die gegenwärtigen Generationen, sondern auch die Handlungsmöglichkeiten zukünftiger Generationen werden beschnitten.

Defizite bei Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit

Heute wie auch in Zukunft sind es besonders die weniger wohlhabenden Menschen, die unter verschmutzter Luft und Wasser leiden, unter der Abholzung der Wälder und der Bodenerosion, den Folgen des Klimawandels und der Einlagerung von radioaktiven und giftigen Stoffen. Aus der Perspektive des Gemeinwohls sind Gesellschaften herausgefordert zu überlegen, ob manche Ressourcen überhaupt ausgebeutet werden sollen oder ob die damit verbundenen dauerhaften Schäden und Risiken den kurzfristigen Nutzen übersteigen.



Proteste peruanischer Bauern gegen ein staatliches Bergbauvorhaben



Trotz steigenden Konsums wächst die Zufriedenheit und Lebensqualität in Ländern mit hohem Einkommen nicht mehr

Dem liegt der Grundsatz der sogenannten starken Nachhaltigkeit zugrunde, der (im Unterschied zu einer schwachen Nachhaltigkeit) davon ausgeht, dass Naturkapital nicht durch andere Formen von Kapital ersetzt werden kann. Der Raubbau an Naturkapital kann z.B. nicht durch Geldzahlungen ausgeglichen werden. Sofern dennoch Ressourcen abgebaut werden, müssen zumindest grundlegende soziale und politische Standards erfüllt werden.

Weitere Defizite des vorherrschenden Wirtschaftsmodells bestehen hinsichtlich wachsender ökonomischer Ungleichheiten. In vielen Niedrigeinkommensländern ist das an der Verteilung der Kosten und Gewinne aus dem Abbau von Rohstoffen ablesbar – die zum geflügelten Wort vom „Ressourcenfluch“ geführt hat. Aber auch in Hoch- und Mitteleinkommensländern nehmen Ungleichheiten etwa in Form von Vermögensunterschieden zu. Staaten mit hohem Pro-Kopf-Einkommen leben zudem

in vielerlei Hinsicht (etwa bei der Nutzung der Atmosphäre und der Ozeane als Kohlenstoffsenken) auf Kosten anderer Nationen und zukünftiger Generationen. Gleichzeitig geht die ökonomische Aktivität weit über die Befriedigung von grundlegenden Bedürfnissen und Wünschen der meisten Bewohner dieser Länder hinaus. Zahlreiche Umfragen und Untersuchungen in Hochinkommensländern zeigen, dass bereits seit einigen Jahrzehnten die Zufriedenheit und Lebensqualität der Bevölkerung trotz steigenden Konsums nicht mehr zunimmt.

Marktfundamentalismus

Bei der Suche nach Ursachen für die genannten Defizite stößt man immer wieder auf ein strukturelles Problem: Das gegenwärtige ökonomische System tendiert dazu, sämtliche Interaktionen (zwischenmenschliche, aber auch spirituelle und solche zur natürlichen Mitwelt) auf Marktaktivitäten

”

Bei der Bildung beobachten wir einen Trend, der von Weisheit zu Wissen und am Ende zur bloßen Vermittlung von Informationen führt. Es geht nur noch um die Integration in Arbeitsmärkte.

”

Teeka Bhattarai

Dialogforum Indien, September 2014

zu reduzieren (Marktfundamentalismus). Nur dem wird ein Wert zuerkannt, was handelbar ist. Verschiedene soziale Lebensbereiche, die für das Gemeinwohl wesentlich sind, werden dadurch entweder vernachlässigt und folglich geschwächt oder sie werden dem Markt einverleibt, indem sie zu Handelsplätzen für „soziale Dienstleistungen“ gemacht werden, zu denen nur noch Zugang erhält, wer in der Lage ist, den entsprechenden Preis zu zahlen. Der größte Teil der meist von Frauen geleisteten Sorgearbeit und der ehrenamtlichen Arbeit wird so beispielsweise ausgeblendet. Im Zuge großer Landkäufe werden Minderheiten ihrer traditionellen Lebensformen und oft auch ihrer Existenzgrundlage beraubt, weil für Investoren nur der kommerzielle Marktwert von Land zählt. Ein drastisches Beispiel für die Konsequenzen dieses begrenzten Verständnisses von Wirtschaft ist der Klimawandel. Während die Begrenzung der Klimaerwärmung eine Voraussetzung für alle Dimensionen von Lebensqualität ist, hat die Atmosphäre des Planeten Erde innerhalb eines marktfundamentalistischen Systems so lange keinen Wert, wie es keine auf Märkten handelbaren Eigentumsrechte an der Atmosphäre gibt.

Tatsächlich ist der Markt ein geeigneter Rahmen für den Austausch von Gütern und Produkten, sofern bestimmte Regeln und Grenzen eingehalten werden. Allerdings fördert der Markt eher Wettbewerb anstelle von Kooperation und Solidarität. Er bietet auch keine Basis für einen verantwortlichen Umgang mit der Natur und ihren Ressourcen.

Auch kann der Markt nicht mit zukünftiger Knappheit oder umgekehrt mit Unbegrenztheit umgehen. Ein „freier Markt“, d.h. unregulierter Handel und Investitionen, führt tendenziell zur Ausbeutung von Menschen, die als Produktionsfaktoren und Konsumenten interessieren, und zur Ausbeutung der Natur, die als Ressourcenlager wahrgenommen wird. Denn diejenigen Marktakteure werden im Wettbewerb besonders erfolgreich sein, denen es besonders gut gelingt, möglichst viele Kosten abzuwälzen: auf die Umwelt und auf andere Menschen.

Daher muss der Markt auf der nationalen wie auf der globalen Ebene in soziale und politische Strukturen eingebettet werden. Beispiele in diese Richtung sind auf der nationalen Ebene etwa das Konzept einer sozialen Marktwirtschaft in Deutschland oder der Zusammenschluss lokaler Bauerngemeinschaften in Brasilien oder Kolumbien. Allerdings ist ein solcher Wandel hin zu fairen ökonomischen Regeln, die allen Menschen zu Gute kommen und zugleich die Begrenztheit natürlicher Ressourcen respektieren, nur möglich, wenn der durchgreifende Einfluss von Unternehmen auf die Politik sowie die Übermacht einiger weniger Marktakteure deutlich eingeschränkt werden.

Alternativen für Wirtschaft und Gesellschaft

Um die voranschreitende Kommerzialisierung und Ausdehnung des Marktes in alle sozialen und kulturellen Bereiche hinein zu verhindern, ist es notwendig, alternative ökonomische Systeme zu errichten, selbst



*Versammlung einer Dorfgemeinschaft
in Kamerun*

wenn diese zunächst lokal begrenzt sind. Beispiele hierfür sind die „zonas de reserva campesina“ (geschützte Gebiete für Kleinbauern) in Kolumbien oder die Transition Town Bewegung in Europa, die beide nicht auf Wettbewerb, sondern auf Kooperation und Teilen ausgerichtet sind. Auf der lokalen Ebene können die Grenzen zwischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Zielen leichter überwunden werden, da diese Ziele

hier in ihren wechselseitigen Abhängigkeiten leichter erkennbar werden und gemeinsam in Angriff genommen werden müssen. Innerhalb dieser alternativen Formen des Zusammenlebens kommt alten wie neuen Formen der Verwaltung von Gemeingütern eine wichtige Bedeutung zu. Die Einführung von Kooperations- und Teilhabemodellen stellt eine grundsätzliche Alternative zu der Organisation des gesellschaftlichen Lebens

durch Markt oder Staat dar. Ein anderer wichtiger Aspekt ist die Übertragung von Macht auf die lokale Ebene und die Stärkung der Souveränität lokaler Gemeinschaften. Daneben bleibt es notwendig, auch auf der globalen Ebene die Regeln so anzupassen, dass Raum für alternative Wirtschaftsmodelle entsteht. Eine lebendige Zivilgesellschaft und alternative ökonomische Systeme sind von großer Bedeutung, da sie eine Re-Demokratisierung der Wirtschaft vorantreiben und sich in ihnen Ansätze für Transformation herausbilden, die später auch auf nationaler oder globaler Ebene Anwendung finden können.

Ein weiterer Aspekt betrifft ökologisch nachhaltiges und sozial gerechtes Konsumverhalten. Dies könnte eine wirksame Option für Mittel- und Oberschichten sowohl im Globalen Norden wie im Globalen Süden sein. Für ärmere Schichten hingegen wird es ohne Unterstützung schwierig sein, diese Formen des Konsumierens zu wählen. Um wirklich etwas zu bewirken, reicht es zudem nicht aus, die sozialen und ökologischen Kosten auf der Ebene des individuellen Konsumenten anzugehen. Vielmehr müssen ebenso Produktionsprozesse, die durch die Auslagerung (Externalisierung) von Sozial- und Umweltkosten zu nicht-nachhaltigem und unfairm Konsum führen, in den Blick genommen werden.

Wirtschaftswachstum, Entkoppelung und Suffizienz

Neben der Art und Weise, in der Produktion und Konsum organisiert sind, spielt

auch die schlichte Menge der produzierten und konsumierten Güter sowie die damit einhergehenden Umweltbelastungen eine entscheidende Rolle für eine langfristige globale Gemeinwohlperspektive. Diese Frage wird besonders in den früh-industrialisierten Ländern des Globalen Nordens von alternativen Ökonomen und sozialen Bewegungen unter dem Stichwort Wachstumskritik diskutiert. Die bisherigen Erkenntnisse etwa eines Tim Jackson oder Serge Latouche legen nahe, dass weltweites Wirtschaftswachstum und ökologischer Schaden nicht so weit entkoppelt werden können, dass zukünftiges Wachstum ökologisch gestaltet werden kann. Daraus folgt: Industrieländer, die beispielsweise bereits einen hohen Anteil an CO₂-Emissionen pro Kopf ausgestoßen haben und immer noch ausstoßen, müssen die ökologischen Folgen ihres Handelns auf ein nachhaltiges Niveau senken und noch zusätzlichen Raum für die Entwicklung anderer Länder lassen, die bislang nur sehr geringe Emissionen verursacht haben.

Dabei sollten aber nicht nur Effizienzsteigerungen und ethischer Konsum in den Blick genommen werden, sondern auch die Zurrücknahme von Wirtschaftswachstum und sogar partielle Schrumpfung in einzelnen Bereichen. Anstatt eine weitere Steigerung materiellen Konsums zu fördern, sollte die Politik insbesondere in den Industrieländern die verschiedenen Dimensionen von Lebensqualität und Gemeinwohl in den Mittelpunkt rücken. Eine solche Suffizienzpolitik, die sich nicht blind dem ständigen Mehr verschreibt, sondern auch ein Genug kennt, wird aller-

dings nur Erfolg haben, wenn es gelingt, die Bevölkerung dabei mitzunehmen und die Entscheidungsträger von den zahlreichen Wachstumszwängen zu befreien, die derzeit noch auf vielen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Institutionen

”

Die Ideologie des Habens und Konsumierens als eines Ausdrucks menschlichen Glücks hat in unseren Köpfen und Herzen tiefe Wurzeln geschlagen. Sie führt zu sozialen und ökologischen Ungleichgewichten, indem sie ganze Gesellschaften dem Konsum unterwirft und zu Gefangenen des Wachstums der Wirtschaft macht.

”

Cândido Grzybowski
Brasilien, akademischer Dialog 2013

lasten. Dies gilt beispielsweise für soziale Sicherungssysteme, das Währungssystem und die gesellschaftliche Organisation von Arbeit.

Globale Gleichberechtigung

Das Anliegen, die Wirtschaft in Richtung ökologischer Nachhaltigkeit und sozialer Gerechtigkeit zu lenken, ergibt nur in einer

weltweiten Perspektive Sinn. Wie also kann eine solche Umgestaltung der ökonomischen Sphäre auf der globalen Ebene aussehen? Zwischen Ländern existieren verschiedene ökonomische Abhängigkeiten. Beispiele hierfür sind internationaler Handel, Investitionen oder Rohstoffförderung. Während die Macht transnationaler Unternehmen und des internationalen Finanzkapitals wächst, bleibt die politische Regulierung meist auf die nationale Ebene beschränkt – und wird auch dort unter dem Druck der internationalen Wirtschaftsakteure zunehmend schwächer. Doch selbst da, wo internationale politische Institutionen existieren, unterstützen sie häufig den privaten Wirtschaftssektor, wie sich beispielsweise an der gängigen Politik internationaler Organisationen wie der WTO, des IWF oder der OECD ablesen lässt. Andererseits dienen manche internationalen Organisationen dazu, Menschenrechte zu schützen und einen Interessensausgleich auf internationaler Ebene herbeizuführen. Ein Beispiel hierfür ist die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die Regeln für „angemessene Arbeitsverhältnisse“ verabschiedet hat, oder auch die OECD Richtlinien für multinationale Unternehmen.

Derzeit dominieren die hochindustrialisierten Länder die internationalen Debatten über Wirtschaft und Politik, wenngleich zunehmend auch Schwellenländer Ansprüche geltend machen. Ein gutes Beispiel hierfür ist das Weltwirtschaftsforum, das alljährlich im schweizerischen Davos stattfindet. Auf dem Forum trifft sich ein exklusiver Club hoher Vertreter der Industriestaaten und

einzelner Schwellenländer, während aus Niedrigeinkommensländern kaum Teilnehmer eingeladen sind. Ein anderes Beispiel ist der IWF, in dem sich die Stimmrechte der Mitgliedstaaten nach ihren Beitragszahlungen bemessen und die USA bis heute

ein Vetorecht innehaben. An die Stelle der Definitionshoheit reicher Industrieländer darüber, was Entwicklung bedeutet, sollte und könnte eine globale Ethik treten, die davon ausgeht, dass alle Länder Transformationsprozesse durchlaufen müssen und



Jugendliche, die mit dem Weltwärts-Programm ein Jahr im Ausland verbracht haben, diskutieren Themen und Fragen der Weltgemeinwohl-Dialoge.

dabei gleichberechtigt sind, unabhängig von ihrer ökonomischen Stärke. Einige Prozesse im Zusammenhang mit der Aufstellung

globaler Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) weisen in diese Richtung.

4. Stärkung des Weltgemeinwohls durch Demokratie

▲ Demokratische Verfahren und Institutionen spielen eine wesentliche Rolle für die gesellschaftliche Umsetzung des Gemeinwohls. Demokratie ist eine Regierungsform, die auf der Herrschaft des Volkes und dem Grundsatz der Gleichheit aller Bürger basiert. Das Ziel von Demokratie ist, alle Bürger in Verfahren und Institutionen zu repräsentieren, Raum für eine freie öffentliche Debatte zu bieten und die Grundvoraussetzungen zu schaffen, um Bürgern zu ermöglichen, ihre politischen Rechte zu nutzen und gemäß ihrer Überzeugungen zu handeln.

Drei Aspekte sollten speziell in der globalen Diskussion um Demokratie betrachtet werden: die kulturelle Verschiedenheit von Demokratie, die Beziehung zwischen Wirtschaft und Demokratie und die globale Dimension von Demokratie selbst. Faire und transparente Verfahren und Institutionen sind einerseits unerlässlich, um sich über die Inhalte des Gemeinwohls abzustimmen und diese auf sozialer und politischer Ebene umzusetzen. Die Stärkung demokratischer Verfahren und Institutionen ist daher notwendig.

Andererseits können Institutionen alleine das Fehlen einer offenen Gesellschaft nicht korrigieren. Stattdessen bedarf es ebenso der aktiven Beteiligung

der Bürger, wie sie beispielsweise in sozialen Bewegungen Ausdruck findet. Es bleibt aber eine offene Frage, welcher Anteil Institutionen zukommen sollte und welcher sozialen Bewegungen, wenn es darum geht, Strategien für eine öko-soziale Transformation zu entwickeln. In jedem Fall gilt es jedoch, die Bedingungen, welche die Ausübung von Demokratie erst möglich machen (wie Bildung, freie Presse, freie Meinungsäußerung, u. a.), zu schaffen und zu stärken.

”

Es ist von entscheidender Bedeutung, die politische Machbarkeit eines Weltgemeinwohls ins Auge zu fassen. Das bedeutet harte Konfrontationen mit den Mächtigen in Wirtschaft und Finanzmärkten. Im Grunde geht es um einen kulturellen Kampf.

”

Alejandro Rofman
Dialogforum Uruguay, November 2014

Demokratie und kulturelle Vielfalt

Demokratie wird in verschiedenen Kulturen auf sehr unterschiedliche Weise verwirklicht, was umgekehrt bedeutet, dass Demokratie in vielfältigen kulturellen Formen existieren muss. Diese kulturellen Unterschiede sind ein wesentlicher Aspekt des Konzepts der Demokratie selbst: Wie die Beteiligung der Bürger verwirklicht wird und welche Institutionen dafür geschaffen werden, variiert zwischen verschiedenen kulturellen Kontexten und sozialgeschichtlichen Phasen. Ebenso wie das Weltgemeinwohl in unterschiedlichen sozialen und kulturellen Kontexten verwurzelt sein muss, muss auch die Demokratie mit den verschiedenen kulturellen Traditionen verbunden werden. Weiterhin ist Demokratie insofern ein offenes Konzept, als demokratische Verfahren und Instituti-

onen angesichts neuer sozialer, politischer und ökonomischer Herausforderungen permanent angepasst und reformiert werden müssen. In diesem Prozess der Anpassung spielt Erfahrung eine wichtige Rolle. Daher sollte Demokratie auf der Grundlage gemachter Erfahrungen weiterentwickelt werden und nicht, indem ein theoretisches Konzept umgesetzt wird.

Vor dem Hintergrund dieser kulturellen und zeitlichen Perspektive haben sich verschiedene Konzepte von Demokratie herausgebildet. So wird Demokratie zum Beispiel in einigen Gesellschaften als ein Verfahren zur Konsensfindung verstanden, während sie in anderen Gesellschaften eher als Auseinandersetzung, wenn nicht gar als Kampf begriffen wird. Diese Pluralität der Demokratiekonzepte ist ein Ausdruck kul-



Menschen in Paraguay demonstrieren gegen den Putsch im Jahre 2012



Tradition und Moderne, Natur und städtisches Leben in Indien – friedliche Koexistenz?

tureller und historischer Diversität. Daher sollte auch die Einführung und Stärkung demokratischer Verfahren auf der globalen Ebene diese verschiedenen kulturellen Traditionen berücksichtigen, um so Antworten auf weltweite Herausforderungen finden zu können. Das Ziel müsste sein, die unterschiedlichen Ausprägungen von Demokratie so zusammenzuführen, dass sie diesen gemeinsamen globalen Herausforderungen in differenzierter, aber auch umfassender Weise begegnen können.

Demokratie und Wirtschaft

Moderne Gesellschaften sind in eine Reihe unterschiedlicher Subsysteme gegliedert. Wenn man die letzten drei Jahrzehnte der sogenannten Globalisierung betrachtet, fällt auf, dass besonders die Macht der Wirtschaft zugenommen hat. In gewisser Hinsicht hat sich die ökonomische Sphäre in ein unabhängiges soziales System entwickelt, das andere Systeme – darunter auch das politische System – kolonialisiert. Aus der Perspektive des Gemeinwohls ist dieser Prozess als problematisch zu bewerten, denn eigentlich müsste die Demokratie die Regeln der Wirtschaft festlegen und nicht umgekehrt. Dass die Demokratie unter dem Einfluss von Unternehmen steht, ist nicht nur an Praktiken wie Korruption oder Lobbyismus zu erkennen.

Die Finanzkrise von 2007/2008 hat das erschreckende Ausmaß gezeigt, in dem Regierungen selbst mächtiger Staaten inzwischen nicht nur von internationalen Finanzakteuren erpressbar sind, sondern

”

Der Staat vertritt die Interessen der Mittelschicht und deren Vorstellungen von Entwicklung. Die engen Verbindungen zwischen Staat und Privatwirtschaft behindern den Zugang zu einem guten Leben für Bevölkerungsgruppen, die ausgeschlossen und an den Rand gedrängt sind.

”

*Arbeitsgruppe auf dem Dialogforum Indien
September 2014*

auch in welche Abhängigkeiten sie sich zuvor bereits von diesen Akteuren begeben haben. Daher muss die Wirtschaft wieder in die Gesellschaft eingebettet werden und von demokratischen Verfahren und Institutionen bestimmt werden. Dies ist ein wichtiger Punkt für weitere Transformationsansätze in Richtung eines (Welt-)Gemeinwohls. Demokratische Verfahren zu vertiefen und zu verstärken, ist somit unerlässlich, um die Macht multinationaler Unternehmen einzuschränken und die politische Macht in der Gesellschaft zu verwurzeln.

Um die Gleichheit in demokratischen Gesellschaften zu fördern, sind nicht nur faire und transparente Institutionen ausreichend, sondern es bedarf auch eines Beitrags seitens der Bürger selbst. Demokratie kann nur lebendig werden, wenn sich die Bürger aktiv

an sozialen und politischen Prozessen beteiligen. Politische Bildung und Wählertraining müssen daher gestärkt werden, um Bürger in die Lage zu versetzen, ihre Rolle in demokratischen Verfahren und Institutionen zu spielen. Auch soziale Bewegungen, zu denen sich Bürger zusammengeschlossen haben, können dazu beitragen, die Gleichheit in der Demokratie zu stärken. Aber auch dies setzt politische Bildung voraus. Globale Bürgerbewegungen können zudem auf der außerstaatlichen Ebene angesichts der zunehmenden Vernetzung verschiedener politischer Gemeinschaften relevant werden.

Demokratie global

Schließlich müssen angesichts planetarer Herausforderungen neue Formen demokratischer Verfahren und Institutionen nicht zuletzt im Lichte globaler Regierungsführung (Global Governance) entwickelt werden. Der

traditionell enge Zuschnitt des Konzepts der Demokratie auf den Nationalstaat ist dabei nicht ausreichend. Doch auch die gegenwärtigen institutionalisierten Formen von Global Governance wie beispielsweise die UN-Konferenzen der 1990er Jahre waren häufig nicht effektiv genug. Deshalb müssen neue internationale und globale Formen demokratischer Verfahren und Institutionen entwickelt werden, um das Weltgemeinwohl zu stärken. Ein positives Beispiel, in welche Richtung die Entwicklung gehen könnte, ist die Internationale Arbeitsorganisation, die einen vergleichsweise inklusiven und demokratischen Charakter hat. Idealerweise müssten allerdings diese internationalen Organisationen von allen von ihren Entscheidungen Betroffenen demokratisch legitimiert werden und die verschiedenen kulturellen Traditionen und Praktiken berücksichtigen.

5. Gemeinschaften (Communities): Wo Gemeinwohl gelebt wird

▲ Sowohl im Prozess der Stärkung der Demokratie wie auch der Einbettung der Wirtschaft in die Gesellschaft spielen lokale Gemeinschaften (Communities) eine zentrale Rolle. Schließlich sind sie der Ort, an dem Personen in verschiedenen Formen lokaler Partizipation direkt an politischen Prozessen teilnehmen. Eine Gemeinschaft als eine (lokale oder auf andere Weise territorial oder virtuell gebundene) politische Einheit ist ein grundlegender demokratischer Raum, da

hier über politische und wirtschaftliche Fragen auf der Ebene der betroffenen Personen entschieden werden kann. Die Stärkung von Community-Ansätzen ist somit Teil einer politischen Strategie, die das Subsidiaritätsprinzip betonen und umsetzen will.

Lokal und Global

Aus dieser Perspektive ist eine harte Unterscheidung zwischen lokal und global wenig überzeugend, da globale Prozesse

immer auch auf lokale Gemeinschaften einwirken und umgekehrt auch lokale Gemeinschaften die globalen Prozesse mitprägen. So bilden selbst die Entscheidungsträger der globalen Ebene (wie beispielsweise Mitarbeiter der UN) eine lokale Gemeinschaft (in einem klar zu lokalisierenden Bürogebäude in New York mit eigenen Institutionen, Regeln und Ritualen). Weiterhin schlagen sich auch Handlungen mit globalen Auswirkungen immer in einem lokalen Umfeld nieder.

Daher ist es schwer, eine Linie zwischen strikt globalen und strikt lokalen Handlungen zu ziehen. In diesem Sinne können Gemeinschaften, die lokal handeln, aber global denken und globale Folgen ihrer Handlungen berücksichtigen, ein Beispiel für ein Phänomen darstellen, das als „Glokalisierung“ bezeichnet wird. Auch sind Unterschiede zwischen lokal und global oftmals keine Frage geografischer Ausdehnung, sondern eher eine Frage der Macht: als „global“ werden dann externe Einflüsse erlebt, die den eigenen Gestaltungsmöglichkeiten entzogen sind und oft keinen Verantwortungsträgern zugeordnet werden können. Durch institutionelle Strukturen kann der Handlungsrahmen von Gemeinschaften verändert und auch erweitert werden. Das bedeutet, dass mittels geeigneter Institutionen, Medien und Netzwerke die Effekte einzelner Handlungen transportiert und derart vergrößert werden können, dass sie internationale oder globale Reichweite erlangen. Der Faire Handel etwa kann gelungene Beispiele dafür liefern.

Dieser institutionelle Aspekt leitet zu einer weiteren Frage über, die allerdings nicht ausschließlich Gemeinschaften betrifft. Dies ist die Frage der genauen Beziehung zwischen Institutionen und Zivilgesellschaft. Diese Frage überschreitet den Bezug auf Gemeinschaften, da letztere nicht notwendigerweise eine Opposition zu politischen und rechtlichen Institutionen bilden, sondern auch innerhalb dieser entstehen können. Deshalb ließe sich die Frage eher mit Blick auf soziale Bewegungen und rechtlich-politische Institutionen diskutieren. Verschiedene Ausdrucksformen dieser Beziehung sind denkbar. Erstens können soziale Bewegungen Institutionen kontrollieren, zum Beispiel, indem sie deren Arbeit infrage stellen. Alternativ ließe sich auch ein eher komplementäres Bild zeichnen, wonach Institutionen sozialen Bewegungen helfen können, ihre Ziele zu verwirklichen. Letztendlich sind beide Varianten wohl stärker kompatibel, als es auf den ersten Blick scheint, und es hängt in hohem Maße von der Verteilung politischer Macht und dem genauen Zuschnitt der relevanten Institutionen ab, ob eine für beide Seiten fruchtbare Beziehung zwischen sozialen Bewegungen und Institutionen gewährleistet ist. Insbesondere Verfahren zur demokratischen Meinungsäußerung können hier eine wesentliche Rolle spielen.

Grenzen von Gemeinschaften

Obwohl Gemeinschaften im Kontext der ökosozialen Transformation zu einem Weltgemeinwohl in den genannten Dimensionen wesentlich sind, ist ihre Rolle den-

noch ambivalent. So sind Gemeinschaften einerseits der Ort, an dem Personen ihre Identität ausbilden und bekräftigen können. Solche Orte sind mehr als geographische Koordinaten. Sie bilden öffentliche Räume und Territorien, die von Bürgerinnen und Bürgern gestaltet, gepflegt und in Anspruch genommen werden. Andererseits sind Gemeinschaften immer auch kulturell heterogen, und Menschen gehören nicht nur einer, sondern verschiedenen Gemeinschaften an, die zudem nicht nur territorial, sondern auch virtuell bestimmt sein können (z.B. in globalen Netzwerken oder Religionsgemeinschaften). Diese Vielfalt gemeinschaftlicher Bezüge bringt es mit sich, dass

sich einheitliche Vorstellungen etwa von globalem Gemeinwohl nicht einfach von alleine einstellen. Hinzu kommt, dass Gemeinschaften immer auch Abgrenzungen vornehmen und somit „andere“ ausschließen. Dass begrenzte Gemeinschaften eine ausdrücklich grenzüberschreitende oder gar globale Perspektive für ihre Entscheidungen und Handlungen einnehmen, ist nicht selbstverständlich.

Zusammenfassend lässt sich also festhalten, dass Gemeinschaften wichtig sind, wenn es darum geht, einen Graswurzelansatz für neue demokratische Partizipation zu entwickeln. Sie sind außerdem wesentlich, um Demokratie- und Gemeinwohlansätze

an die verschiedenen kulturellen Traditionen anzuschließen und sie in konkrete soziokulturelle Kontexte einzugliedern. Dennoch sollte die Förderung von Gemeinschaften immer im Blick behalten, dass viele soziale Herausforderungen eine globale Dimension haben. Außerdem sollte ein Gemeinschafts-Ansatz immer auch diejenigen Personen berücksichtigen, die ausgeschlossen sind, und unter Umständen erörtern, ob und wie diese Personen auf fairen und nachhaltigen Wegen integriert werden können. Wie eine Orientierung am Gemeinwohl aussehen und am besten umgesetzt werden kann, ist auf der Ebene lokaler Gemeinschaften konkreter und einfacher zu verhandeln als

auf nationaler oder gar internationaler Ebene. Zugleich drängen sich globale Probleme wie etwa die Folgen des Klimawandels auch auf dieser Ebene zunehmend auf und erfordern eine angemessene Berücksichtigung. Lokale Gemeinschaften bieten deshalb große Potenziale nicht nur bei der Förderung des Gemeinwohls ihrer jeweiligen Gruppe sondern auch in Hinblick auf ein weltweit ausgerichtetes Gemeinwohl. Dennoch sind bei der Nutzung dieser Potenziale auch die erwähnten Grenzen von Communities zu berücksichtigen.

6. Zusammenfassung

▲ Dieses Papier hat Elemente einer Konzeption des Weltgemeinwohls dargelegt, wie sie im Rahmen einer Diskussion mit Menschen aus vielen Teilen der Welt erarbeitet wurden. Die Reflexionen hatten mit dem Konzept der Entwicklung begonnen. Dieses hatte sich als problematisch herausgestellt, weil es stark ideologisch geprägt und von einem Marktfundamentalismus gezeichnet ist, der selbst für globale Probleme wie fortdauernde Armut und Klimawandel mit verantwortlich gemacht werden kann.

Der mit dem Weltgemeinwohl verfolgte Ansatz könnte hier eine Alternative bieten, da er multipolar ist und ein holistisches Menschenbild vermittelt. Dieses beinhaltet, dass Menschen nicht nur als Mitglieder der sozialen, politischen und ökonomischen Sphäre betrachtet werden, sondern auch als Teil und in Abhängigkeit von der Natur.



Mitglieder einer lokalen Gemeinschaft von Fischerfamilien auf den Philippinen

”

Lokale Gemeinschaften sind weniger daran interessiert, sich regional oder gar international einzubringen als schlicht und einfach lokale Alternativen für sich zu entwickeln. Auf solche lokalen Alternativen zu schauen, kann deshalb auch bei der Suche nach globalen Alternativen hilfreicher sein als der Versuch, allgemeingültige Grundsätze zu formulieren.

”

Premrudee Daoroung
Dialogforum Philippinen, Oktober 2014

Vor dem Hintergrund der von der Natur gesetzten Grenzen wurden drei Dimensionen eines Weltgemeinwohls untersucht, nämlich Wirtschaft, Demokratie und Gemeinschaften. In Bezug auf das Wirtschaftssystem schien es notwendig, dass dieses darauf gerichtet ist, dem Gemeinwohl zu dienen

“

Gutes Leben bedeutet für mich eine funktionsfähige Familie, die nötigen Ressourcen, um die Grundbedürfnisse abzudecken, und ein sicheres Umfeld.

“

Heinelize Koesen

Jugenddelegation auf dem Dialogforum Südafrika, August 2014



Junge Teilnehmer des Dialogforums in Südafrika im August 2014

anstatt Teile des sozialen und kulturellen Lebens oder auch der Natur auf handelbare Güter zu reduzieren, um sie so auf Märkten verfügbar zu machen. Demokratie wiederum ist wichtig, um unterschiedliche Ansichten auch über das Gemeinwohl zu artikulieren und um sicherzustellen, dass die Macht des Volkes in Form demokratischer Regierungen über der von Wirtschaftsakteuren steht. Gemeinschaften bilden schließlich ein wichtiges Gegengewicht zu etablierten politischen Strukturen, indem sie Orte bieten, an denen Personen ihre gemeinsamen Interessen artikulieren und umsetzen können.

Dennoch hat die Diskussion unter den Teilnehmenden auch gezeigt, dass sich einige Ansichten über das Gemeinwohl nicht miteinander vereinbaren lassen. Das betrifft erstens die Frage, ob ein ganzheitliches Verständnis des Menschen als Teil der Natur notwendigerweise mit einer Ablehnung jeglicher Anthropozentrik einhergehen muss. Ein Physozentrismus etwa würde annehmen, dass alle Lebewesen über gleiche Rechte verfügen und daher keines von ihnen ausgebeutet oder unterdrückt werden darf. Ein stärker anthropozentrischer Ansatz könnte beispielsweise immer noch davon ausgehen, dass der Mensch Teil der Natur und von ihr abhängig ist, ohne jedoch nichtmenschlichen Lebewesen den gleichen Rechtsstatus zuzuerkennen.

Weiterhin ist die genaue Festlegung der Grenzen des Marktes offengeblieben. Das beinhaltet Fragen wie die, bis zu welchem Grad der Markt reguliert werden soll und kann, oder ob bestimmte gesellschaftliche



Teilnehmer des Dialogforums in Indien im Gespräch mit Dorfbewohnern im September 2014

oder private Sphären dem Markt ganz entzogen werden sollten.

Ein dritter Aspekt, über den Uneinigkeit herrschte, betrifft die Frage, wie mit unterschiedlichen Verständnissen von Gemeinwohl in den verschiedenen Ländern umgegangen werden soll und wie die aus dem Gemeinwohlanatz folgenden Verantwortlichkeiten der verschiedenen Akteure umzusetzen sind.

Ein vierter Punkt, der nicht abschließend geklärt wurde, ist, ob die Verwirklichung des Weltgemeinwohls eher durch offizielle politisch-rechtliche Institutionen auf nationaler und internationaler Ebene angestrebt werden sollte oder ob diese Aufgabe eher sozialen Bewegungen zufällt. In jedem Fall wären beide, Institutionen wie Bewegungen, dem Druck mächtiger wirtschaftlicher Akteure ausgesetzt. Auch wenn dies dafür

spräche, eher die Kooperation und weniger den Gegensatz zwischen sozialen Bewegungen und offiziellen politisch-rechtlichen Institutionen zu fördern, wurde diese wie auch die drei anderen genannten Fragen im Rahmen dieser Dialoge noch nicht abschließend entschieden.

Unabhängig von solchen offenen Punkten (oder vielleicht auch gerade weil diese zur weiteren Diskussion einladen) haben die engagierten Debatten von Theoretikern und Praktikern aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Europa jedoch gezeigt, dass der Begriff des Weltgemeinwohls einen fruchtbaren Rahmen bietet für die dringende Suche nach gemeinsamen Wegen aus globalen Herausforderungen, die nach neuen Antworten verlangen. Die vorliegende Publikation versteht sich als Einladung, sich an dieser Suche mit Herz und Verstand zu beteiligen.

Anhang: Prozess und Personen

Das interkulturelle Dialogprojekt „Entwicklung im Dienst des Weltgemeinwohls“ wurde von Mai 2012 bis Mai 2015 als Kooperation des katholischen Entwicklungshilfswerks MISEREOR (Aachen) und des Instituts für Gesellschaftspolitik IGP (Hochschule für Philosophie, München) durchgeführt. Die Projektleitung lag bei Professor Michael Reder (IGP) und wurde seitens MISEREOR von Bernd Bornhorst, Leiter der Abteilung Politik und Globale Zukunftsfragen, begleitet. Stellvertretende Projektleiter im IGP waren Prof. Johannes Wallacher und Prof. Johannes Müller. Hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Projekts waren Katharina Hirschbrunn (IGP), Verena Risse (IGP) und Georg Stoll (MISEREOR).

Am akademischen Dialogteil des Projekts beteiligten sich mit Länderstudien: Olga Lucía Castillo (FEAR, Kolumbien), Cândido Grzybowski (iBase, Brasilien), Bernardus Herry-Priyono (Driyarkara School of Philosophy, Indonesien), Ferdinand Muhigirwa (CEPAS, DR Kongo), Leonard Chiti (JCTR, Sambia), sowie Katharina Hirschbrunn, Verena Risse und Georg Stoll (alle Deutschland). Am Workshop im Oktober 2013 nahmen zusätzlich teil: Prof. Jan Aart Scholte (School of Global Studies / Universität Göteborg, Schweden), Clara Brandi (DIE, Deutschland), Denise Auclair (CIDSE, Brüssel), Prof. Johannes Müller, Andreas Gösele und Michael Hainz (alle Hochschule für Philosophie, München).

Der zivilgesellschaftliche Dialogteil des Projekts bestand aus insgesamt sechs regionalen Dialogforen in Peru (März 2014; für den andinen Raum), Südafrika (August 2014; für anglophone afrikanische Länder), Indien (September 2014; für Südasien), Philippinen (Oktober 2014; für Südostasien), Uruguay (November 2014; für Länder des Cono Sur) und Côte d'Ivoire (Mai 2015; für frankophone afrikanische Länder). An diesen Foren, die jeweils drei bis vier Tage dauerten, beteiligten sich insgesamt etwa 100 Vertreterinnen und Vertreter von sozial und ökologisch aktiven zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Als Abschlusspublikation erschien im Campus-Verlag das Buch: Michael Reder, Verena Risse, Katharina Hirschbrunn, Georg Stoll (eds.): Global Common Good. Intercultural Perspectives on a Just and Ecological Transformation, Frankfurt / New York: Campus 2015.

Die vorliegende Broschüre lehnt sich eng an eine systematische Zusammenfassung des Workshops vom Oktober 2013 an, die von den Autorinnen und Autoren der sechs Länderstudien gemeinsam erstellt wurde (und im englischen Original in der oben genannten Veröffentlichung im Campus-Verlag erschienen ist). Sie wurde ergänzt durch Zitate aus den zivilgesellschaftlichen Dialogforen, die einzelne Aspekte schlaglichtartig hervorheben.

Als weitere Publikationen sind Themenblätter und ein Planspiel erschienen (erhältlich bei MISEREOR: pgz@misereor.de; siehe auch www.misereor.de).

Die Verantwortlichen und Mitarbeiter/innen des Projekts danken allen, die sich mit ihren Erfahrungen, Fragen, Analysen und Ideen eingebracht haben und die durch ihren Einsatz und ihre Ressourcen diesen interkulturellen Dialogprozess möglich gemacht haben.

Bildnachweise:

Seite 5: Desiré Jackson/Goedgedacht Forum
Seite 6: Jörg Böthling/visualindia.de
Seite 10: Wolfgang Radtke/KNA-Bild
Seite 13: Vicaría de Siquani/MISEREOR
Seite 14: Halfpoint - Fotolia.com
Seite 16: Martin Zint
Seite 19: Anna Steinacher/MISEREOR
Seite 21: Florian Kopp/MISEREOR
Seite 22: Katja Meyer/MISEREOR
Seite 26: Hartmut Schwarzbach/MISEREOR
Seite 28: Desiré Jackson/Goedgedacht Forum
Seite 29: Georg Stoll/MISEREOR

